

Wende in Uruguay: historischer Wahlsieg der Linken

Schonebohm, Dieter

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schonebohm, D. (2004). *Wende in Uruguay: historischer Wahlsieg der Linken*. (Brennpunkt Lateinamerika, 21). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-443874>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 21

16. November 2004

ISSN 1437-6148

Wende in Uruguay: historischer Wahlsieg der Linken

Dieter Schonebohm

Zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit Uruguays vor 174 Jahren haben die beiden traditionell dominierenden Parteien, Partido Colorado und Partido Nacional oder Blanco, die Macht verloren. Das siegreiche Linksbündnis Encuentro Progresista-Frente Amplio-Nueva Mayoría konnte am 31. Oktober 2004 die absolute Mehrheit der Sitze in beiden Kammern des Parlaments erringen, während sein Kandidat, Tabaré Vázquez, bereits im ersten Durchgang zum Präsidenten gewählt wurde. Damit löst Vázquez am 1. März 2005 Präsident Jorge Batlle ab, dessen regierende Colorado-Partei das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte erzielte. Hauptgegenspieler der siegreichen Koalition war die Blanco-Partei, die mit ihrem Kandidaten Jorge Larrañaga auf einen sehr guten zweiten Platz kam. Überschattet und letzten Endes entschieden wurden die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen durch die verheerenden wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Krise des uruguayischen Finanzsystems von 2002, in deren Folge das umfassende politische Mandat der neuen Regierung in deutlichem Widerspruch zu ihren tatsächlichen finanziellen Gestaltungsmöglichkeiten treten dürfte. In einer parallel zu den Wahlen durchgeführten Volksabstimmung sprachen sich außerdem fast zwei Drittel der Wählerinnen und Wähler dafür aus, die Unveräußerlichkeit der uruguayischen Wasserreserven in der Verfassung festzuschreiben.

Die Ergebnisse der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen und ihre unmittelbaren Auswirkungen

Am 31. Oktober standen vier Monate vor Ablauf der fünfjährigen Legislaturperiode sowohl das Amt des Staatspräsidenten als auch sämtliche Sitze von Abgeordnetenhaus und Senat zur Wahl. Die Abstimmung erfolgte bereits zum zweiten Mal unter den Bedingungen des per Referendum am 8. Dezember 1996 von der Bevölkerung knapp angenommenen und in der Verfassung verankerten reformierten Wahlrechts. Entscheidende Punkte jener Reform waren:

- a) Abschaffung der Wahl des Staatspräsidenten mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen,
- b) Durchführung der Präsidentschaftswahl in zwei Durchgängen, wobei im zweiten Wahlgang eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen zu entscheiden hat, falls kein Kandidat die absolute Mehrheit erreicht,
- c) die Zulassung nur eines Präsidentschaftskandidaten pro Partei; diese werden in allgemeinen Vorwahlen direkt von der Bevölkerung bestimmt. Diese *elecciones internas* fanden am 27. Juni 2004 statt.

Dank der neuen Bestimmungen war es den beiden traditionellen Parteien, allen voran der seit 1904 fast ununterbrochen regierenden *Colorado*-Partei, 1999 noch einmal gelungen, Tabaré Vázquez als den Kandidaten mit den meisten Stimmen im ersten Wahlgang in eine Stichwahl zu zwingen, bei der *Colorados* und *Blancos* aufgrund einer Koalitionsvereinbarung den *Colorado*-Kandidaten Jorge Batlle unterstützten und damit seine Mehrheit im zweiten Wahlgang sicherten. Das uruguayische Parteien-Spektrum mit drei fast gleich großen Gruppierungen – *Colorados* (PC), *Blancos* (PN) und *Frente Amplio* (EP-FA) – sowie einer relativ kleinen vierten Partei – *Nuevo Espacio* (NE) – war damit de facto in eine Konstellation mit zwei annähernd gleich großen Blöcken übergegangen: Das Linksbündnis deckte das Spektrum der gemäßigten bis revolutionären Linken ab, *Colorados* und *Blancos* vereinigten (wirtschafts)liberale bis konservative Kräfte, einschließlich der militärfreundlichen Rechten. Beide Blöcke profilierten sich zwischen 1999 und 2004 als Spieler, die die Grundregeln des demokratischen Machtwechsels akzeptierten.

In dieser Konstellation konnten die Linksparteien im Gegensatz zu den nach wie vor miteinander konkurrierenden traditionellen Parteien nicht auf Koalitionspartner hoffen, sondern mussten aus eigener Kraft die erforderlichen Stimmen gewinnen, um sich gegenüber allen Kräften des Zentrums und der Rechten durchzusetzen. Die schrittweise Ausweitung der organisatorischen Basis des Bündnisses und seine ideologische Öffnung zur sozialdemokratisch orientierten politischen Mitte legten die Grundlagen für den Erfolg bei den Wahlen, während gleichzeitig die Fähigkeit zur Konfliktlösung und Konsensfindung innerhalb der Linkskoalition im Verlauf der Inkorporation ehemals unabhängiger Gruppierungen für die Mehrheiten sorgte, die ihr angesichts der Unmöglichkeit der Bildung von Koalitionen mit einer der beiden Traditionsparteien noch 1999 verwehrt waren. In einem Leitartikel vom 1. November 2004 kommt daher die Wochenzeitung *Brecha* zu dem Schluss: „Der *Frente Amplio* hat auf der ganzen Linie gesiegt. Die Reform von 1996, mit der das *Ballotage* eingeführt wurde, verzögerte ihre Regierungsübernahme, hat es ihr aber letztlich ermöglicht, die parlamentarische Mehrheit zu gewinnen“.

Etwas salopper fasste die Boulevardzeitung *El Bocrón* am 4. November den Wahltag auf ihrer Titelseite zusammen: „Wahlen ohne Zwi-

schenfälle, aber mit drei Toten: Batlle, Sanguinetti, Lacalle“. Damit wird auf das mögliche Ende der politischen Karriere der wichtigsten Führungspersönlichkeiten von *Colorado*- und *Blanco*-Partei seit 1984 angespielt: Jorge Batlle (PC, Staatspräsident 2000-2005), Julio Maria Sanguinetti (PC, Staatspräsident 1985-1990 und 1995-2000) sowie Luis Alberto Lacalle (PN, Staatspräsident 1990-1995). Der Wahlsieg der Linken geht tatsächlich mit der Demontage der alten Partieliten einher. Doch während die Wähler der *Blanco*-Partei bereits bei den Vorwahlen im Juni ihren durch Korruptionsskandale diskreditierten *Caudillo* Lacalle aus dem Rennen nahmen und durch den unverbrauchten Jorge Larrañaga als Spitzenkandidaten ersetzten, steht der *Colorado*-Partei der Generationenwechsel noch bevor; die ewigen Anführer und Rivalen Batlle und Sanguinetti sind anscheinend noch nicht bereit, den Weg für den politischen Nachwuchs freizumachen.

Die folgende Übersicht fasst das amtliche Endergebnis für die 2004 im Parlament vertretenen Parteien zusammen und vergleicht es mit 1999 (Angaben in %):

Tabelle 1: Amtliche Endergebnisse der Wahlen in Uruguay 1999 und 2004 (in %)

	1999	2004
PC	32,78	10,36
PN	22,31	34,30
EP-FA-NM ¹	40,11	50,45
NE ²	4,56	-
PI	-	1,84

Quelle: Web-Seite des uruguayischen Wahlgerichtshofes <http://www.corteelectoral.gub.uy>

¹ Nach der Kooperationsvereinbarung mit der kleinen Mitte-Links-Partei *Nuevo Espacio* (NE) vom 19.12.2002 wurde die Koalition *Encuentro Progresista-Frente Amplio* um die Bezeichnung *Nueva Mayoría* (NM) erweitert.

² Die Partei *Nuevo Espacio* trat 1999 zum letzten Mal bei Parlamentswahlen an. Ein Teil ihrer Mitglieder, die sich der Vereinbarung mit dem EP-FA widersetzen, gründete 2003 den *Partido Independiente* (PI).

Nach dem vom Wahlgerichtshof am 8. November verkündeten Ergebnis sind die Parteien damit wie folgt in den beiden Kammern des Parlaments (31 Senatoren, 99 Abgeordnete) vertreten:

Tabelle 2: Sitzverteilung im uruguayischen Parlament

	1999		2004	
	Senat	Abgeordnetenhaus	Senat	Abgeordnetenhaus
PC	11 ¹	33	3	10
PN	7	22	11	36
EP-FA-NM	12	40	17 ¹	52
NE	1	4		
PI				1

Quelle: Web-Seite des uruguayischen Wahlgerichtshofes <http://www.corteelectoral.gub.uy>

¹ einschl. des Vizepräsidenten, der gleichzeitig Präsident des Senats ist.

Tabelle 3: Wahlergebnisse der FA (Angaben gerundet, in %)

	1971	1984	1989	1994	1999	2004
FA ¹	18	21	21	31	40	50

¹ 1984 trat die Koalition wegen ihres noch bestehenden Verbots auf der Liste der zugelassen Christdemokratischen Partei (*Partido Demócrata Cristiano* – PDC) an, 1989 und 1994 als *Frente Amplio* (FA), 1999 als *Encuentro Progresista–Frente Amplio* (EP–FA) und 2004 als *Encuentro Progresista–Frente Amplio–Nueva Mayoría* (EP–FA–NM).

Die siegreiche Koalition erreichte damit das beste Resultat ihrer Geschichte. Der absoluten Mehrheit der Linken entspricht auf der anderen Seite die schlimmste Niederlage der *Colorado*-Partei in ihrer Geschichte. Ihr Spitzenkandidat, der Rechtsanwalt und Notar Guillermo Stirling, konnte aus seinem Ansehen als langjähriger Innenminister Uruguays kein Kapital schlagen und galt allgemein als farbloser Statthalter Sanguinetti. Über die dürren Angaben in den beiden Tabellen hinaus sprechen die folgenden Zahlen für sich:

- Bei insgesamt 2.488.000 Wahlberechtigten und einer Wahlbeteiligung von knapp 90% (in Uruguay besteht Wahl- und Präsenzpflicht vor Ort) erhielt die neue Mehrheitspartei EP-FA-NM 129.000 Stimmen mehr als PC und PN zusammen.
- Über 40.000 uruguayische Bürgerinnen und Bürger im Ausland, rund 1,3% der Wahlberechtigten und überwiegend Anhänger des *Frente Amplio*, kehrten zur Wahl zurück und wurden zum entscheidenden Faktor.
- In Montevideo, dem bei weitem bevölkerungsreichsten Departement Uruguays, erzielte die Linke 61,5% (PN -24,5%, PC -8,2%).
- In den 18 eher konservativen Departements des Landesinnern wurde die Linke mit 43% zur stärksten Kraft (PN -40,9%, PC -11,8%).

- Der PC verlor seine Mehrheit in allen Departements, die er bislang kontrollierte.

Schockierender als alle anderen Ergebnisse dürfte jedoch für die alte Regierungspartei folgendes sein: Innerhalb der siegreichen Linkskoalition ist die ehemalige Stadtguerilla-Organisation *Movimiento de Liberación Nacional – Tupamaros* (MLN-T), die bei den Wahlen als wichtigste Untergruppierung des *Movimiento de Participación Popular* (MPP) unter der Bezeichnung *Espacio 609* antrat, mit einem Stimmenanteil von 29,4% zur stärksten Gruppierung geworden. Für sie entschieden sich mehr Wähler als für die gesamte *Colorado*-Partei. Entsprechend aggressiv griff auch der ehemalige Staatspräsident Sanguinetti (PC) angesichts des sich abzeichnenden Debakels seiner Partei den MLN-T im Vorfeld der Wahlen unter Verwendung von kurzen Ausschnitten aus dem Dokumentarfilm „Tupamaros“ (Heidi Specogna / Rainer Hoffman, 1997) an; führende Vertreterinnen und Vertreter der Organisation sollten als kaltblütige Verfechter politischer Morde dargestellt werden. Diese Strategie scheint sich für die *Colorado*-Partei nicht ausgezahlt zu haben, könnte jedoch nach Ansicht von Wahlforschern die Reformkräfte innerhalb des *Frente Amplio* um den designierten Finanzminister Danilo Astori gestärkt haben.

Tatsächlich haben sich mit dem beeindruckenden Abschneiden der mittlerweile in das parlamentarische Leben integrierten *Tupamaros* die traditionellen Kräfteverhältnisse innerhalb des Linksbündnisses verschoben. War 1989 noch die Kommunistische Partei stärkste Kraft, so wurde sie bis 1999 in dieser Rolle von der Sozialistischen Partei ersetzt. Heute lassen sich drei große Blöcke innerhalb des *Frente Amplio* unterscheiden:

- die von ihrer Programmatik eher revolutionär ausgerichteten Organisationen, vor allem *Movimiento de Participación Popular*, *26 de Marzo* und *Corriente de Izquierda* (rund 33% der Stimmen); ihr wichtigster Vertreter ist der Senator und *Tupamaro*-Mitbegründer José Mujica,
- die traditionelle Linke um Sozialisten und Kommunisten (21%); der designierte Präsident Tabaré Vázquez gehört der Sozialistischen Partei an,
- und die tendenziell sozialdemokratisch orientierten Gruppierungen, besonders *Asamblea Uruguay*, *Vertiente Artiguista*, *Alianza Progresista* und *Nuevo Espacio* (rund 44%); neben Danilo Astori sind der ehemalige Oberbürgermeister von Montevideo, Mariano Arana, der Vorsitzende des Landwirtschaftsverbandes, Gonzalo Gaggero, und der auf Menschenrechtsfragen spezialisierte Senator Rafael Michellini wichtige Vertreter dieser Tendenz.

Der Erfolg der Linken und seine Geschichte

Die Geschichte der Linkskoalition *Frente Amplio* ist mit 33 Jahren relativ kurz. Seit dem Abschluss des Unabhängigkeitsprozesses 1830 wurden die Geschicke Uruguays traditionell von den beiden Parteien gelenkt, die sich bis zur endgültigen Befriedung des Landes 1904 in mehreren blutigen Bürgerkriegen bekämpften, nämlich *Colorados* und *Blancos*. Seit 1872 hatten beide ein Statut zur Machtbeteiligung (*coparticipación*) der vor allem im Landesinnern starken National- oder *Blanco*-Partei erarbeitet, das ihr den Weg von der *coparticipación* (bei gleichzeitig immer wieder aufflammenden Aufständen) in die volle Integration in das uruguayische Regierungssystem ebnete.

In dem sich verfestigenden Zwei-Parteien-System saß die *Colorado*-Partei, die die Interessen des städtischen Bürgertums und der aufkommenden Industrie vertrat, traditionell an den Schaltstellen des Staatsapparates in Montevideo, während die oppositionelle *Blanco*-Partei die

Interessen der Viehzüchter vertrat und das politische Leben des Landesinnern weitgehend kontrollierte. Traditionelle Machtstrukturen, bei denen auf lokaler und gesamtstaatlicher Ebene starke Führerpersönlichkeiten und ihre Hausmacht das Geschehen in Gesellschaft und Politik bestimmten (*caudillismo*), flossen in die sich seit 1904 entwickelnde demokratische Kultur ein und stabilisierten das Land durch die Errichtung eines dauerhaften Zwei-Parteien-Systems.¹ Unter der Führung sukzessiver, mit Ausnahme der Jahre 1933-38 weitgehend dem weltanschaulichen Liberalismus verpflichteter *Colorado*-Regierungen entwickelte Uruguay eine stabile Demokratie, deren Basis durch einen zunehmenden wirtschaftlichen Protektionismus, eine fortschrittliche Sozialgesetzgebung und eine starke Systemloyalität der Bevölkerung abgesichert wurde.

Für eine starke linke Partei war in diesem System kein Platz. Öffentliche Verwaltung und Staatsbetriebe (bis heute funktionieren Telekommunikation, Post, Energie- und Wasserversorgung, Ölraffination und teilweise auch Zementherstellung in öffentlicher Regie) wurden mit Parteigängern beider Parteien, besonders aber der *Colorados*, besetzt und zunehmend aufgebläht. Die seit Beginn des 20. Jahrhunderts bestehende Sozialistische Partei und die aus ihr hervorgegangene Kommunistische Partei konnten bis 1971 bei den Wahlen nie mehr als 10% der Stimmen auf sich vereinigen. Die Arbeit der Linken, zu der bis in die 30er Jahre auch eine relativ starke anarchistische Strömung gehörte, konzentrierte sich daher auf den Aufbau einer starken Gewerkschaftsbewegung und erreichte 1964 mit der Gründung des Dachverbandes *Convención Nacional de Trabajadores* (CNT) ihren bislang größten Erfolg.

Die Stunde der Linken schlug unter dem Eindruck der zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten seit der zweiten Hälfte der 50er Jahre und den daraus erwachsenden sozialen Spannungen in den 60er Jahren. Das etablierte Zwei-Parteien-Oligopol war nicht imstande, die notwendigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformen einzuleiten, um die Wettbewerbsfähigkeit der durch Gesetze und staatlich verordnete Wechselkurse geschützten Industrie zu steigern, während die jährlichen Zuwachsrä-

¹ Zur Geschichte und Rolle der uruguayischen Parteien s. Caetano, Gerardo / Rilla, José (2004): „Los partidos políticos uruguayos en el siglo XX“, in: *El Uruguay del siglo XX*, Bd. 2: *La política*, Montevideo: Banda Oriental/Instituto de Ciencia Política, S. 15-64.

ten des Agrarsektors aufgrund der Polarisierung zwischen Latifundien (*estancias*) einerseits und unrentablen Kleinstbetrieben andererseits seit den 30er Jahren bei rund 1% stagnierten. Vor allem die extensive Viehzucht war nicht mehr in der Lage, durch die Exporterlöse von Fleisch, Wolle und – in geringerem Maße – Leder die zur Aufrechterhaltung des Modells der Industrialisierung durch Importsubstitution erforderlichen Devisen zu erwirtschaften.

Eine Konsequenz der zunehmenden Armut auf dem Land war die Entstehung der Guerilla-Bewegung der *Tupamaros*, die bis zu ihrer Zerschlagung durch das uruguayische Militär 1972 zunächst durch spektakuläre Aktionen zur Aufdeckung der Korruption führender *Colorado*-Politiker Aufmerksamkeit erregte, im Rahmen ihrer Radikalisierung angesichts der zunehmenden Repression des Staatsapparates aber auch vor gezielten Entführungen und der Tötung von Angehörigen der Sicherheitskräfte nicht zurückschreckte. Das Volksfront-Bündnis *Frente Amplio* entstand somit im Februar 1971 inmitten einer akuten Wirtschaftskrise zu einem Zeitpunkt höchster sozialer Konfliktivität aus dem Zusammenschluss von Sozialistischer, Kommunistischer und anderer Parteien und Gruppierungen einschließlich des MLN-T. Sein Ziel war es, eine politische Alternative zur Dauerherrschaft der Traditionsparteien zu bieten und damit die eskalierende Gewalt in institutionelle, demokratische Bahnen zu lenken. Ungeachtet der revolutionären Programmatik verfolgte die neue politische Kraft damit unter veränderten innen- und außenpolitischen Bedingungen eine Neuauflage des Modells der *coparticipación*, das in der Friedensvereinbarung zwischen *Colorado*- und *Blanco*-Partei von 1904 die Grundlagen für die friedliche Entwicklung Uruguays im 20. Jahrhundert gelegt hatte. Der Gründungspräsident und langjährige Vorsitzende der Koalition, Líber Seregni, blieb diesem Ansatz bis zu seinem Rücktritt 1996 treu.

Der Erfolg bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen von 1971, bei denen der FA auf Anhieb 18% der Stimmen erhielt, ließen die Strategie als möglich erscheinen; die neue politische Kraft erlitt jedoch durch die Machtübernahme der Streitkräfte im Juni 1973 einen schweren Rückschlag. In den Jahren der Militärdiktatur wurden ihre Mitglieder und Führungspersönlichkeiten verfolgt, oft jahrelang inhaftiert bzw. verschleppt oder ins Exil getrieben. Dutzende sind bis heute „verschwunden“. Erst nach Wiederherstellung der demokratischen Ordnung 1984, erneut unter dem Vorzeichen der

gewohnten Zwei-Parteien-Herrschaft, bekam der FA seine große Chance. Zwar blieb die Partei bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 1984 und 1989 mit jeweils 21% der Stimmen hinter ihren eigenen Erwartungen zurück, konnte jedoch 1989 die Hauptstadt Montevideo knapp für sich gewinnen und in den beiden folgenden Kommunalwahlen 1994 und 2000 ihren dortigen Vorsprung auf zuletzt 58% der Stimmen ausbauen. Die *Colorados* verloren ihre Hochburg, der erste sozialistische Oberbürgermeister (*intendente*) von Montevideo, Tabaré Vázquez, begann seinen unaufhaltsamen Aufstieg zum höchsten Staatsamt. Zutreffend überschrieb deshalb die konservative Tageszeitung *El Observador* am 1. November 2004 auf ihrer Titelseite ein ganzseitiges Foto des Wahlsiegers: „Llegó“ (Er ist angekommen).

Eigene Verdienste und tatkräftige „Unterstützung“ der *Colorado*-Regierung

Der überwältigende Wahlerfolg der Linken vom 31. Oktober ist vor allem das eigene Verdienst des Bündnisses *Encuentro Progresista–Frente Amplio–Nueva Mayoría*, des Einsatzes seiner Mitglieder und der Zugkraft seiner prominentesten Vertreter: des neuen Präsidenten Tabaré Vázquez, des *Tupamaro*-Gründungsmitglieds und Senators José Mujica sowie des sozialdemokratisch orientierten Senators und Wirtschaftsprofessors Danilo Astori. Der Sieg ist jedoch auch das Ergebnis der verfehlten Wirtschafts- und Währungspolitik der Regierung Batlle, die das Land 2002 in die tiefste Rezession des 20. Jahrhunderts und Zehntausende Uruguayer in die Armut oder in die Emigration trieb. Die Wählerinnen und Wähler waren nicht mehr bereit, den Beteuerungen der Regierung zu glauben, dass die schwere Wirtschafts-, Finanz- und soziale Krise ausschließlich auf die Abwertung des brasilianischen Real 1999 und den Zusammenbruch des argentinischen Bankensystems 2001 und die daraus resultierende Freigabe des Peso-Kurses zurückzuführen sei.

Eigene Verdienste

Unter den Verdiensten der Linken lässt sich die Bilanz der Stadtverwaltung von Montevideo verbuchen. Nicht umsonst genießen Tabaré Vázquez (1990-1995) und sein Nachfolger als *Intendente*, Mariano Arana (1995-2004) ein hohes Ansehen. Dabei setzten beide Oberbürgermeister sehr unterschiedliche Arbeitsschwerpunkte. Während Vázquez den Kampf gegen die Korruption, den Bau von Polikliniken, die Stabi-

lisierung der steigenden Busfahrpreise, den Ausbau der Kanalisation in den ärmeren und Elendsvierteln und weitere soziale Maßnahmen sowie die Dezentralisierung der Stadtverwaltung in den Mittelpunkt stellte, traten bei Arana andere Bereiche in den Vordergrund, ohne dass die von Vázquez eingeleiteten Maßnahmen unterbrochen wurden: Regelung des chaotischen Verkehrs, Pflege des Stadtbildes mit groß angelegten Baumaßnahmen zur Sanierung mehrerer Hauptstraßen, Erneuerung der Straßenbeleuchtung, Verbesserung der Müllentsorgung durch Einführung neuer Systeme unter Beibehaltung der schon unter Vázquez begonnenen Vergabe von Konzessionen an private Entsorgungsunternehmen, gezielte und systematische Unterstützung des kulturellen Lebens und Schaffung von neuen Veranstaltungs- und Konzerträumen, Theatern und Ausstellungsflächen.

In strategischer Hinsicht hat sich der wiederholte Rückgriff auf das Verfassungsinstrument der Volksabstimmung ausgezahlt, wodurch zum Beispiel die Teilprivatisierung der staatlichen Monopolunternehmen ANTEL (Telekommunikation) und ANCAP (Brennstoffe, Alkohol, Zement) gestoppt wurde. Auch der erneute Volksentscheid zur verfassungsmäßigen Verankerung der Unveräußerlichkeit der Wasservorräte fand die Unterstützung der Linken, wurde aber auch von der Mehrheit der *Blanco*-Partei ausdrücklich befürwortet. Dank der Volksabstimmungen gelang es der Linken, ihre begrenzten parlamentarischen Einflussmöglichkeiten mit Hilfe des außerparlamentarischen Einspruchs und der direkten Mitwirkung der Bevölkerung auszugleichen und die Privatisierungspläne von Präsident Batlle zu durchkreuzen.

Wie bereits angesprochen, gelang es dem Bündnis auch, seine organisatorische Basis zu verbreitern und die Wählerinnen und Wähler der durch Vereinbarungen mit ihm verbundenen Organisationen schon im Vorfeld der Abstimmung für sich zu gewinnen. So vereinbarte am 19. Dezember 2002 die bis dahin unabhängige Partei *Nuevo Espacio* des Senators Rafael Michelini die Aufnahme dieser Organisation in den *Frente Amplio* auf der Grundlage eines gemeinsamen Wahl- und Regierungsprogramms und die Unterstützung der Kandidatur von Tabaré Vázquez. Michelini genießt als Sohn des in Buenos Aires während der Diktatur ermordeten Senators Zelmar Michelini wegen seines konsequenten Eintretens für eine rückhaltlose Aufklärung des Schicksals der „Verschwundenen“ in weiten Teilen der Bevölkerung hohes Ansehen.

Zuvor hatte sich bereits auf dem Höhepunkt der Krise von 2002 eine enge Zusammenarbeit zwischen der Linken und dem Landwirtschaftsverband *Federación Rural* angebahnt, die 2002 in einer bis dahin undenkbbaren gemeinsamen Massendemonstration des Gewerkschaftsverbandes (ehemals CNT, jetzt PIT-CNT) und der *Federación Rural* ihren vorläufigen Höhepunkt fand. Der Präsident des Verbandes, Gonzalo Gaggero, wechselte 2003 zum *Frente Amplio* und kandidierte auf einer gemeinsamen Liste mit dem künftigen Vizepräsidenten Uruguays, Rodolfo Nin Novoa, für den Senat. Beide Politiker verbindet die Herkunft aus dem Landesinnern und ihre frühere Mitgliedschaft in der *Blanco*-Partei.

Das Charisma von Vázquez, Mujica und Astori als wahlentscheidendes Element

Der Sieg der Linken wäre jedoch ohne das Charisma und die Führungsqualitäten von drei Persönlichkeiten undenkbar gewesen: Tabaré Vázquez, José Mujica und Danilo Astori. Den drei Spitzenpolitikern ist es gelungen, durch ihr persönliches Profil spezifische Wählergruppen anzusprechen und zu überzeugen. Kritisch anzumerken ist, dass wie schon in den vorangegangenen Wahlen unter den Spitzenkandidaten erneut keine Frau zu finden war; im neuen Senat sind lediglich drei Frauen vertreten, während es im Abgeordnetenhaus zehn sind (jeweils rund 10%).

Tabaré Vázquez überzeugte durch seinen persönlichen und gesellschaftlichen Werdegang, einen in professioneller und politischer Hinsicht als Bilderbuchkarriere zu bezeichnenden Erfolg sowie durch seine absolut transparente Amtsführung als *Intendente* von Montevideo. Der heute 64-jährige Vázquez wurde im Arbeiterviertel La Teja als eines von vier Kindern eines Beschäftigten der dortigen Raffinerie des Staatsunternehmens ANCAP geboren, wo er auch die Schule besuchte und die Hochschulreife erlangte. Nach dem Abschluss des Medizinstudiums an der staatlichen Nationaluniversität von Uruguay (*Universidad de la República*) ließ er sich als Onkologe in Montevideo nieder, wo er bis heute erfolgreich eine angesehene Praxis betreibt. Gleichzeitig leitet er seit Jahren die Onkologische Abteilung an der Klinik der größten Krankenversicherung Uruguays und unterrichtet als Titularprofessor an der Medizinischen Fakultät. Damit nicht genug, war er zeitweilig Präsident des örtlichen Fußballvereins und damaligen Erstligisten *Progreso* und arbeitete seit dem Ende der Militärdiktatur aktiv in der Sozialisti-

schen Partei Uruguays, von der er auch für das Amt des Oberbürgermeisters von Montevideo nominiert und letztlich gewählt wurde. Vázquez hat in den letzten Jahren mehrfach das ganze Land besucht, um die Ziele der Linken zu erklären.

Ganz anders José Mujica, dessen enorme Ausstrahlung für viele ältere Bewohner Montevideos nach wie vor unverständlich ist, war er doch als führendes Mitglied des MLN-T maßgeblich an einer Reihe von Anschlägen beteiligt, was er auch nicht bestreitet. Doch Mujica ist auf seine Art ebenso konsequent wie Vázquez. Seine politischen Aktivitäten brachten ihm die Festnahme, schwere Folter und eine weitgehend in Isolationshaft verbrachte Freiheitsstrafe ein, aus der er 1985 zusammen mit anderen MLN-Mitgliedern nach 15 Jahren dank des partiellen Straferlasses durch Präsident Sanguinetti vorzeitig entlassen wurde. Seitdem bearbeitet er zusammen mit seiner Frau ein kleines Anwesen, eine *chacra*, in der Nähe von Montevideo, von wo aus beide regelmäßig auf einem nicht mehr ganz neuen Motorrad ins Parlament fahren, Mujica seit 1999 als Senator und seine Frau, Lucía Topolansky, als Abgeordnete. Der überwältigende Erfolg der Linken im gesamten Landesinnern geht vor allem auf die jahrelange Überzeugungsarbeit Mujicas zurück, der systematisch alle Ortschaften des Landes besuchte und zu einem unermüdlichen Verfechter der Interessen der Landbevölkerung wurde. Seine unpräzise, manchmal sehr unkonventionelle, langsame und direkte Ausdrucksweise haben ihn zu einem Idol vieler Jugendlicher aller Schichten, vor allem aber der sozial Benachteiligten im ganzen Land werden lassen. Mujica besitzt die Fähigkeit divergierende Kräfte zu integrieren und langfristig zu denken, wie auch aus der folgenden knappen Beobachtung hervorgeht: „Diese Wahlen hat die Nachhut gewonnen“ („Estas elecciones las gana la retaguardia“). Damit erweist er den jüngsten, den gemäßigten reformorientierten Wählern ebenso die Reverenz wie den ehemaligen *Blanco*- und *Colorado*-Wählern auf dem Land. Mujica ist als Kandidat für ein mögliches Superministerium für Produktion im Gespräch.

Dagegen spricht Danilo Astori vor allem die akademisch gebildete Mittelschicht an. Der Wirtschaftswissenschaftler und Universitätsprofessor besticht durch rhetorische Brillanz, ein unbeirrtes Festhalten an seinen reformistischen Überzeugungen auch gegen starken Widerstand aus den eigenen Reihen und seine Fähigkeit, selbst komplizierte Zusammenhänge verständ-

lich darzulegen. Er verfügt über umfangreiche internationale Kontakte und gilt gerade unter ausländischen Anlegern als Garant einer graduellen Wirtschaftspolitik nach brasilianischem Vorbild. Astori wurde deshalb bereits im Juli 2004 von Vázquez für das Amt des Wirtschafts- und Finanzministers nominiert und entlastet seitdem bei allen öffentlichen Auftritten den Präsidenten in allen wirtschaftspolitischen Fragen. Die wahlentscheidende Bedeutung dieser Personalentscheidung für gemäßigte Wähler wird mittlerweile als „efecto Astori“ bezeichnet (s. z.B. *El País*, Madrid, vom 7.11.04).

Das Versagen der Regierung Batlle

Die Regierung Batlle war mit dem Ziel angetreten, die Politik ihrer Vorgängerin fortzusetzen: regionale Integration bei gleichzeitig verstärkten Verhandlungen zum Abschluss bilateraler Handelsabkommen, rigorose Stabilitätspolitik, Preisstabilität und Sicherung der Realeinkommen, Reduzierung der Abgaben- und Steuerbelastung, Fortführung der eingeleiteten Reformen im Bildungssektor. Darüber hinaus war es für Präsident Batlle ein persönliches Anliegen, das Schicksal der „Verschwundenen“ des Militärregimes endgültig aufzuklären. Dazu setzte er im Jahr 2000 eine aus sechs anerkannten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens bestehende so genannte Friedenskommission (*Comisión por la Paz*) ein, die einige Fälle von „Verschwundenen“ aufklären konnte und 2003 ihren Abschlussbericht vorlegte, ohne jedoch ihre Arbeit wirklich beendet zu haben.

Die Bilanz der Regierung ist jedoch generell negativ. Die Maßnahmen und Probleme der großen Nachbarländer Brasilien (Abwertung 1999) und Argentinien (Freigabe der Dollar/Peso-Parität und Zahlungsunfähigkeit vieler Unternehmen 2001/02), mit denen Uruguay rund 40% seines gesamten Außenhandels abwickelt, trafen die Regierung und die uruguayische Zentralbank unvorbereitet und führten zu einer akuten Vertrauenskrise und dem weitgehenden Verlust der Währungsreserven. Ein groß angelegtes Betrugsmanöver zu Lasten einer Geschäftsbank mit Verlusten in Höhe von mehr als US\$ 200 Mio. verstärkte das Misstrauen in die Handlungsfähigkeit und -bereitschaft von uruguayischer Zentralbank und Wirtschaftsministerium. Das Überspringen der argentinischen Krise führte zwischen Januar und September 2002 zum Abfluss von 50% der Devisenreserven des gesamten uruguayischen Bankensektors (über US\$ 6,2 Mrd.), dem fast vollständigen Aufzehren der Reserven der Zentralbank durch die Un-

terstützung gefährdeter Kreditinstitute, zu verstärkten Schwierigkeiten des Staates bei der Beschaffung neuer Darlehen und zu einem massiven Einbruch der Steuereinnahmen.

Erst nachdem die Reserven praktisch aufgebraucht, zwei *Stand-by*-Vereinbarungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) unterschrieben, die Bandbreite für die Abwertung des Peso gegenüber den Währungen der Nachbarländer im Januar zunächst nur erweitert und schließlich der Wechselkurs im Juni 2002 endgültig freigegeben worden waren, erkannte die Regierung den Ernst der Lage und verfügte Ende Juli einen einwöchigen Bankfeiertag. Vier Geschäftsbanken und eine weitere Finanzinstitution wurden im Verlauf der Woche geschlossen

und der Aufsicht der Zentralbank unterstellt. Ohne die Unterstützung des US-Schatzamtes und des IWF hätte das Land wie zuvor Argentinien seine Zahlungsunfähigkeit erklären müssen.

Die guten persönlichen Beziehungen von Präsident Batlle zu US-Präsident George W. Bush ermöglichten eine Rettungsaktion in letzter Minute, die jedoch einen politischen Preis hatte: Uruguay gab seine traditionell neutrale Haltung gegenüber Cuba auf und wurde zum Sprachrohr der Anklage der Regierung von Fidel Castro in der UN-Menschenrechtskommission.

Die Krise von 1999 bis Anfang 2003 und die anschließend einsetzende Erholung lassen sich im Überblick wie folgt darstellen:

Tabelle 4: Wirtschaftliche Entwicklung 1999-2004

	1999	2000	2001	2002	2003	2004 ¹
Endverbrauch und Endnachfrage (durchschnittl. jährl. Variation, %)	-3,8	-1,0	-4,6	-16,4	2,2	11,4
BIP (%)	-2,8	-1,4	-3,4	-11,1	2,5	9,0
Einfuhren	-5,8	0,1	-7,1	-27,9	1,6	18,0
Inlandsnachfrage	-2,7	-3,2	-3,1	-18,3	1,6	10,2
Ausfuhren	-7,4	6,4	-9,1	-10,3	4,1	15,0
BIP (Millionen US-Dollar)	20.914	20.085	18.555	12.274	11.179	12.750
Einzelhandelspreise (durchschnittl. jährl. Variation, %)	5,7	4,8	4,4	14,0	19,4	9,3
Abwertung (durchschnittl. jährl. Variation, %)	8,3	6,7	10,0	59,6	32,7	7,0
Realeinkommen (durchschnittl. jährl. Variation, %)	1,0	-1,3	-0,3	-10,7	-12,4	0,5
Arbeitslosigkeit in Städten (durchschnittl. jährl. Variation, %)	11,3	13,6	15,3	17,0	16,9	13,5

Quelle: Angaben entnommen aus *Informe de Coyuntura, Uruguay 2002-2003* und *Uruguay 2003-2004*, hrsg. vom Wirtschaftsforschungsinstitut (*Instituto de Economía*) der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Nationaluniversität, Montevideo, März 2003 bzw. März 2004.

¹ Geschätzt.

Von 1999 bis September 2003 stieg v. a. aufgrund der Rettungsaktion von 2002 die Brutto-Auslandsverschuldung Uruguays von US\$ 8.262 auf US\$ 10.542. Aufgrund einer umfangreichen Umschuldungsaktion, mit der 2003 erneut die Zahlungsunfähigkeit abgewendet wurde, werden ab 2005 jährliche Zins- und Tilgungszahlungen in Milliardenhöhe fällig – fristgerecht zum Amtsantritt der neuen Regierung.

Doch die Krise drückt sich nicht nur in Statistiken aus. Wahhlentscheidend ist die Zunahme der Armut (rund 50% aller Kinder und 30% der gesamten Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze), das Wachstum der Elendsviertel, die Gefährdung der Arbeitsplätze, die Emigration Tausender. Und nicht zu übersehen sind die unterschiedlichen Grautöne einer Stadt, in der seit Jahren die Mittel für Häuserrenovierungen und Straßenmarkierungen fehlen. Frisch ist nur die Farbe der überhand nehmenden Lokale, die Kleindarlehen zu Wucherzinsen anbieten. Wie sieht das Programm aus, mit dem eine sich als „fortschrittlich“ (*progresista*) verstehende Regierung diese Krise überwinden und Wachstum schaffen will? Welche Erfolgchancen hat sie?

Das Regierungsprogramm: Sofortmaßnahmen und langfristige Initiativen

In einem Zyklus von sechs Vorträgen unter dem Titel „Ein verantwortungsbewusster Übergang“ legte Tabaré Vázquez von Juli bis Oktober die Vorhaben seiner künftigen Regierung dar. Dabei konnte er auf Vorschläge aus dem Jahr 2001 zurückgreifen, als die Annäherung zwischen EP-FA und den Industrie- und Landwirtschaftskammern konkrete Konturen annahm. Dieses Programm gliedert sich in sechs Abschnitte, die sich mit der Förderung der Produktion (*Uruguay productivo*), Sozialpolitik (*Uruguay social*), Innovation und Forschung (*Uruguay innovador*), Demokratie (*Uruguay democrático*), regionaler Integration (*Uruguay integrado*) und Kultur (*Uruguay cultural*) befassen. Aufgrund ihrer Bedeutung für die künftige Regierungsarbeit wird auf die ersten beiden Punkte etwas näher eingegangen, während die verbleibenden vier nur kurz dargestellt werden:

1. *Uruguay productivo* markiert die Abkehr von der bisherigen Investitionsstrategie, die auf die Attraktivität des Bankenplatzes Montevideo für Kapital aller Art – ein-

schließlich kurzfristig angelegtem Spekulationskapital – setzte. Zur Förderung des nationalen verarbeitenden Gewerbes werden die Beibehaltung der makroökonomischen Stabilität und die Abstimmung von Geld-, Wechselkurs- und Kreditpolitik sowie Transparenz und Vertragssicherheit in den Vordergrund gerückt. Eine Lockerung der restriktiven Geldpolitik wird ebenso in Aussicht gestellt wie die Lösung der Wirtschaft vom US-Dollar. Die Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand soll sich unter Berücksichtigung der tatsächlich verfügbaren Mittel primär auf die Armutsbekämpfung und öffentliche Investitionen konzentrieren und zur Belebung der Konjunktur beitragen. Eine Erhöhung der steuerlichen Belastung wird ausgeschlossen, jedoch eine größere Steuergerechtigkeit angemahnt, unter anderem durch die mögliche Einführung einer Einkommenssteuer. Das Programm erteilt dem „verantwortungslosen Umgang mit den öffentlichen Geldern (Haushaltsdefizit)“, der „Überschuldung des Staates zur Defizitfinanzierung“ und der Überbewertung des Peso als Ursachen der Krise ab 1999 eine klare Absage.

2. In *Uruguay social* wird die Notwendigkeit der Überwindung der sozialen Krise zur Umsetzung der Produktions- und Produktivitätssteigerungen der Wirtschaft in den Vordergrund gestellt. Wirtschaftswachstum und eine Angleichung der Lebensverhältnisse müssen Hand in Hand gehen, um eine nachhaltige Entwicklung Uruguays zu ermöglichen. Dazu sind bestehende soziale Notlagen zu bekämpfen und die strukturellen Grundlagen der Armut zu überwinden. Sozialpolitik wird im Sinne der Ziele der künftigen Regierung als „Eingriff der Gesellschaft an sich selbst“ definiert, „mit dem Ziel den Erlös der gesellschaftlichen Arbeit für die Befriedigung und Erfüllung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen, bürgerlichen und kulturellen Rechte der Menschen zu nutzen“.

Die neue Regierung verpflichtet sich, als erste Maßnahme einen nationalen Notstandsplan zur Bekämpfung der Armut (*Plan Nacional de Emergencia Social*) mit sechs Schwerpunkten in Gang zu setzen: Sicherstellung einer angemessenen Ernährung von gefährdeten Gruppen, Gewährleistung der primären Gesundheitsversorgung durch verbesserte Nutzung bestehen-

der Ressourcen, Ausweitung des Kindergeldes auf arbeitslose Mitglieder der staatlichen Sozialversicherung, Stärkung der Vor-, Grund- und weiterführenden Schulen in sozialen Spannungsgebieten, Gewährung von Geldleistungen an Familien mit Einkommen unterhalb der Armutsgrenze, die durch Arbeitsleistungen abzugelten sind, und schrittweise Einführung einer so genannten Integrationshilfe an besonders bedürftige Personen, die im Gegenzug z.B. Alphabetisierungskurse belegen oder den Schulbesuch ihrer Kinder sicherstellen müssen.

Die Finanzierung würde nach Ansicht der Autoren des Programms bei effizienter Nutzung der vorhandenen materiellen, humanen und organisatorischen Ressourcen, vor allem im Gesundheitswesen, zusätzliche Kosten in Höhe von US\$ 100 Mio. verursachen.

3. *Uruguay innovador* befasst sich mit der Entwicklung und Umsetzung einer kohärenten nationalen Wissenschaftspolitik durch die Schaffung innovationsfreundlicher institutioneller Voraussetzungen, die Entwicklung einer an die uruguayischen Erfordernisse angepassten Innovationsstrategie, die Abstimmung von Lehre und Forschung mit den Bedürfnissen der Gesellschaft und vor allem der Wirtschaft, und die Unterstützung von Klein- und Mittelunternehmen, die auf dem Gebiet der innovativen Forschung investieren.

Um die Fortentwicklung der uruguayischen Demokratie geht es in *Uruguay democrático*. Im Mittelpunkt stehen die transparente und effiziente Regierungsarbeit, die Dezentralisierung sowie die Sicherstellung der politischen und gesellschaftlichen Regierbarkeit sowie die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger mit Hilfe der Einrichtung eines Bürgerrates zur Beobachtung der Umsetzung der von der Regierung eingegangenen Verpflichtungen.

In *Uruguay integrado* wird eine Stärkung der Gemeinschaftsorgane des Integrationsbündnisses MERCOSUR durch eine systematische Umsetzung der Beschlüsse seiner Gremien, die Stärkung des Ständigen Sekretariats, eine Aufwertung des Schiedsgerichts (*Tribunal Arbitral Permanente*) und der Handelskommission (*Comisión de Comercio*) sowie die Stärkung des Konsultativforums für wirtschaftliche und

soziale Fragen angestrebt. Auf allen Gebieten ist die Zusammenarbeit zwischen den uruguayischen Verantwortlichen und den entsprechenden Vertretern in den Institutionen der anderen Mitgliedsländer zu vertiefen.

Schließlich wird in *Uruguay cultural* eine kontinuierliche Förderung der uruguayischen Kunst- und Kulturszene in ihrer ganzen Bandbreite zugesagt.

Gerade im Bildungs- und Gesundheitsbereich decken sich die Vorstellungen teilweise mit den programmatischen Aussagen der *Blanco*- und *Colorado*-Parteien. Die unter der zweiten Regierung Sanguinetti (1995-2000) betriebene systematische Ausweitung des öffentlichen Vorschulangebots an alle Kinder ab drei Jahren scheint sich mit den Absichten des Regierungsprogramms zu decken. Im Unterschied zu den vergangenen Regierungen, die in den letzten beiden Jahrzehnten die weiterführende Bildung aller Art (Berufs- und Berufsfachschulen, Gymnasien) vernachlässigt haben, hat sich die neue Regierung auch hier ein verstärktes Engagement vorgenommen.

Ausblick

Die Linke hat ein umfassendes und anspruchsvolles Regierungsprogramm einschließlich eines Katalogs von sozialen Sofortmaßnahmen vorgelegt, dessen Umsetzung von mehreren Bedingungen abhängen dürfte. Da sind zunächst eine äußerst transparente und sparsame Haushaltsführung angesichts der beschränkten finanziellen Möglichkeiten und ein hartes Vorgehen gegen die Korruption auf allen Ebenen zu nennen. In beiden Aspekten hat Vázquez während seiner Amtszeit als Oberbürgermeister von Montevideo konsequent durchgegriffen und auch vor schmerzlichen Personalentscheidungen nicht zurückgeschreckt.

Die Fähigkeit der neuen Regierung, vor allem die hochqualifizierten Uruguayerinnen und Uruguayer, die einen besonders hohen Anteil an den Emigranten der vergangenen Jahre darstellen, zur aktiven Mitarbeit an ihrem Programm zu motivieren, ist ein weiterer Schlüssel zum Erfolg des Programms. Angesichts der begrenzten materiellen Mittel wird die aktive Partizipation der Bevölkerung eine große Rolle vor allem bei der Realisierung der ersten beiden Kernpunkte des Programms bilden müssen, wozu der geplante Dezentralisierungsprozess einen wichtigen Anstoß geben kann, wenn er sich nicht auf die Verwaltungsabläufe be-

schränkt und der Bevölkerung reale Entscheidungskompetenzen einräumt.

Wichtige Probleme dürften dagegen auf zwei Ebenen zu erwarten sein: Zum einen stellen die hohe Auslandsverschuldung und das fortwährende Haushaltsdefizit eine anhaltende Belastung dar, die die Regierung zu kontinuierlichen Verhandlungen mit den internationalen Gläubigerinstitutionen zwingen wird. Andererseits besteht ein enormer Erwartungsdruck in der Bevölkerung, vor allem bei den traditionell benachteiligten Gruppen, bei denen die neue Regierungsmehrheit über den größten Rückhalt verfügt. Die genannten Sofortmaßnahmen werden diese Erwartungen zunächst befriedigen können; eine dauerhafte Lösung wird aber nur durch ein anhaltendes Wirtschaftswachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze jenseits der geplanten Pläne und Programme zu erreichen sein.

Entscheidend wird wohl die Fähigkeit der neuen Mehrheit sein, die Arbeit der kommenden fünf Jahre aus einer längerfristigen Perspektive zu sehen und diese der Bevölkerung zu vermitteln. Dazu noch einmal die Antwort des ehemaligen Guerillero und heutigen Senators Mujica auf die Frage nach seiner heutigen

Vision einer Revolution: „[...] ich glaube wir müssen diese alte Idee zu den Akten legen, die wir damals hatten, dieses `eines Tages mache ich die Revolution´ [...]. Ich glaube, wir werden hier nicht Zuschauer einer Parade sein. Vielmehr handelt es sich um eine anhaltende, systematische Auseinandersetzung, in deren Verlauf man vielleicht ein paar Stufen hinaufsteigt, während noch unzählige weitere zu bewältigen sind. So verstehe ich die Revolution, Stufe um Stufe hinaufsteigen, nicht als eine Anstrengung durch die man an einen Punkt gelangt, an dem man sagt: Wir sind angekommen. Wir werden nie ankommen“². Für den Erfolg der Regierung Vázquez könnte die Frage entscheidend sein, wieviele Stufen Gemäßigte und Revolutionäre auf dem Weg zu einer neuen Gesellschaft gemeinsam hinaufsteigen können.

² Entnommen aus Mazzeo, Mario (2002): *Charlando con Pepe Mujica. Con los pies en la tierra...* Montevideo: Ediciones Trilce, S. 110. Übersetzung aus dem Spanischen durch den Autor.

Autorennotiz:

Dieter Schonebohm, M.A., Historiker, Politikwissenschaftler und Romanist; lebte von 1986 bis 2003 in Uruguay, wo er als Assistent für Politische Ökonomie an der Juristischen Fakultät der *Universidad de la República*, Übersetzer und Bibliothekar am Goethe-Institut Montevideo tätig war. Lebt zurzeit in Wiesbaden.

E-Mail: dieterschonebohm@hotmail.com.

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Wolfgang Bauchhenß und Ditta Kloth.

Bezugsbedingungen: € 61,50 p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); € 46,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); € 31,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von € 15,30 erhoben. Einzelausgaben kosten € 3,10 (für Studierende € 2,10). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaxis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-Mail: iik@iik.duei.de · Internet: <http://www.duei.de/iik>

Institut für Iberoamerika-Kunde • Hamburg

LATEINAMERIKA ANALYSEN

ISSN 1619-1684

Nr. 9, Oktober 2004

Artikel

Adolfo García Jerez / Juliane Müller: Lokale Politik, staatsbürgerliche Partizipation und kollektive Identifikationen. Eine ethnologische Studie lateinamerikanischer Immigrantengruppen in Freiburg im Breisgau

Stephan Ruderer: „Pinochet garantierte die Transition“. Der Pressediskurs zu Menschenrechten und Demokratie während der chilenischen Transition 1990-1994

Themenschwerpunkt: Vergangenheitspolitik und Geschichtskonstruktion in Lateinamerika (Detlef Nolte / Anika Oettler)

Ruth Fuchs / Detlef Nolte: Politikfeld Vergangenheitspolitik: Zur Analyse der Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen in Lateinamerika

Anika Oettler: Der Stachel der Wahrheit. Zur Geschichte und Zukunft der Wahrheitskommission in Lateinamerika

Rainer Huhle: „...vergessen, dass sie zu töten gelernt hatten“. Perus Wege zur Aufarbeitung der Vergangenheit

Estela Schindel: Die Präsenz der Vergangenheit im urbanen Raum. Erinnerungsorte in Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay

Forum & Debatte

Kai Ambos / Ezequiel Malarino: Nationale Strafverfolgung völkerrechtlicher Verbrechen in Lateinamerika. Einige vorläufige Erkenntnisse

Rezensionen

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8, 20354 Hamburg
Tel. 040/41 47 82 27 - Telefax 040/41 47 82 41
www.duei.de/iik/lateinamerika-analysen